



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 09/2004

Was mich bewegt...

...ist die Diskussion um die notwendige Integration der Migrantinnen und Migranten in unserer Gesellschaft. Wie bei einem solchen Thema nicht anders zu erwarten war, versucht die CDU/CSU mit Heuchelei dieses Thema in bekannter Weise zu emotionalisieren. Das Thema ist nicht neu – allerdings können wir auch endlich im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes die Verstärkung der Integrationsangebote und -leistungen umsetzen. Die Lebenslüge, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, hat uns Jahrelang blockiert. Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Zuwanderungsland und unter den Zuwanderern ist ein erheblicher Anteil Muslime.

Immer wieder stellen wir fest, dass ein mitmenschliches und friedliches Zusammenleben gelungen ist. Allerdings ist dieses Zusammenleben nur möglich, wenn auf beiden Seiten über die Probleme nicht weggesehen wird. Gerade deshalb ist es wichtig, dass nach dem Mord an dem niederländischen Filmemacher van Gogh nicht eine Eskalation bei uns herbeigeredet wird. Für mich war die Demonstration der 20.000 Muslime am Sonntag, den 21.11.2004 in Köln dabei ein gutes und wichtiges Zeichen!

Die Diskussion um unsere Grundwerte ist übrigens nicht nur bei der Frage der Migration notwendig. Auch in Bezug auf Neonazis und Rechtsradikale, grundsätzlich bei Fanatismus müssen wir unsere Werte benennen. Dabei geht es für uns nicht um die „Leitkultur“ – wichtig ist es, dass die Zuwanderinnen und Zuwanderer unser Grundgesetz kennen und leben wollen und die deutsche Sprache lernen.

Eine schwere Aufgabe liegt da vor uns – für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und für die vielen Menschen, die ein mitmenschliches, friedliches Leben in Deutschland mit den Menschen aus anderen Kulturen gemeinsam gestalten wollen, für die SPD, die Grünen, die Gewerkschaften und die Kirchen.

Mir haben die fünf Punkte von Franz Müntefering als SPD-Bundestagsfraktions- und Parteivorsitzender gefallen, die eine gute Grundlage zur Diskussion legen:

Franz Müntefering am 22.11.2004:

„Mir macht die Art und Weise dieser Diskussion Sorge und ich sehe es als eine Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, der Stimme der Vernunft Geltung zu verschaffen, entdramatisierend, auf Problemlösung ausgerichtet.

Ich will aus meiner Sicht dazu einige Feststellungen treffen:

1.

Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft basiert auf dem Wertekanon des Grundgesetzes. Das Grundgesetz gibt klare Orientierung, wie wir Menschen in diesem Land – auch solche unterschiedlicher politischer, religiöser, weltanschaulicher Auffassungen – miteinander leben wollen. Das Grundgesetz und die Gesetze, die sich aus ihm ableiten, gelten für jeden im Lande. Keine kulturelle oder religiöse Maxime kann dies außer Kraft setzen. Die Menschenrechte sind universell. Sie gelten für Männer und Frauen, Jungen und Mädchen. Das heißt auch, Gewalt – öffentlich oder in der Familie –, Missbrauch – öffentlich oder in der Familie –, Diskriminierung und Aufruf zur Kriminalität und diese selbst sind verboten und müssen geahndet werden, wo immer sie erkennbar sind.

2.

Die Werte unseres Grundgesetzes müssen auch Grundlage von Bildung und Erziehung in Deutschland sein. Davon kann es keine Ausnahme geben. Schulische und andere Erziehungseinrichtungen, die diesem Anspruch nicht genügen, haben keine Legitimation.

3.

Ein Problem sind die unzureichenden Deutschkenntnisse von schulpflichtigen Kindern aus Ausländer-, aber auch aus Aussiedler- und aus anderen deutschen Familien. Die Familien selbst können das Problem offensichtlich nicht selbst hinreichend lösen. Ich halte einen Sprachtest für 4 bis 5-jährige Kinder – wie teilweise schon praktiziert – für zwingend erforderlich und einen obligatorischen Sprachkurs, wenn sich bedenkliche Mängel zeigen. Darüber hinaus können vorschulische Einrichtungen entscheidende Hilfestellung geben.

4.

In unserem Land leben rund 3,3 Millionen Menschen muslimischen Glaubens, gut 2,5 Millionen davon türkischstämmige. Sie sind Teil unseres Landes, arbeiten und leben mit uns und tragen zur wirtschaftlichen Stärke und kulturellen Vielfalt des Landes wesentlich bei. Es ist ungerecht und leichtfertig, sie unter Verdacht zu nehmen. In allen Gesellschaften gibt es Menschen, die sich nicht an die Gesetze halten und eine Kultur des Zusammenlebens stören oder zerstören wollen. Solche Fälle müssen verfolgt und dürfen nicht verharmlost werden. Eine Verallgemeinerung ist aber auf jeden Fall unzulässig.

5.

Die Debatte dieser Tage ist auch eine Chance für einen neuen Anlauf auf der Grundlage und mit dem Ziel von Integration. Gelingen wird das nur, wenn alle mitmachen, Deutsche und Nichtdeutsche:

- Miteinander reden, nicht übereinander.
- Tolerieren und akzeptieren, nicht einander ablehnen.
- Gerecht sein, nicht voreingenommen.
- Mut machen, nicht verunsichern.
- Ernst nehmen, nicht demütigen.
- Vor allem nicht Probleme der Extremismus- und der Terrorbekämpfung der Integration aufladen.“

Ihre Petra Merkel

Aus dem Bundestag

Haushalt 2005 verabschiedet

Heute hat der Bundestag den Bundeshaushalt 2005 verabschiedet.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen halten wir an unserem wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs fest: die Umsetzung des Dreiecks aus Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpulsen.

Die Gesamtausgaben des Bundeshaushalts 2005 belaufen sich auf 254,3 Milliarden Euro. Die Investitionsausgaben betragen fast unverändert gegenüber dem ersten Entwurf 22,7 Milliarden Euro. Die Nettokreditaufnahme konnte trotz der Mehrbelastungen bei 22 Milliarden Euro im Haushaltsplan gehalten werden und liegt damit unter dem Investitionsvolumen. Damit ist der Haushalt verfassungsgemäß. Wir hätten uns bessere Bedingungen gewünscht, denn mit Privatisierungen in Höhe von 15 Mrd. Euro sind schwerwiegende Entscheidungen verbunden.

Wir haben immer betont, dass wir die Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2010 auf 3% des Bruttoinlandsprodukts anheben wollen. Mit dem Bundeshaushalt 2005 steigern wir die Investitionen für Bildung und Forschung und wollen dieses Ziel schrittweise umsetzen.

Schwerpunkte des Haushalts

Wir wollen die Arbeitsmarktreformen im nächsten Jahr umsetzen - Umsetzung von Hartz IV, Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen und jungen Menschen Ausbildung oder Berufseinführung geben. Dafür sind im Haushalt 6,25 Mrd. Euro eingestellt (+27 Prozent) an Eingliederungshilfen.

Wir wollen endlich die Ganztagsbetreuung unserer Kinder verbessern:

Deshalb sollen wie alleine im nächsten Jahr 1 Milliarde Euro in das Ganztagschulprogramm investiert werden. (bis 2007 rund 4 Milliarden Euro !) Ab 2005 werden zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt, die in den Ausbau der Kinderbetreuung unter 3 Jahre fließen. Bis 2010 sollen rund 1,5 Mrd. Euro jährlich in den Ausbau der Kinderbetreuung U3 fließen und damit rund 230.000 Plätze eingerichtet werden.

Wir wollen unsere Städte und Gemeinden entlasten. Die Gewerbesteuererinnahmen steigen, im Zuge von Hartz kommen weitere 2,5 Mrd. Euro an die Kommunen. Deren Investitionskraft steigt.

Wir wollen ab dem 1. Januar 2005 mehr tun für Kinder einkommensschwacher Familien: Mit dem Kinderzuschlag von 140 Euro pro Monat je Kind stärken wir Eltern mit niedrigem Einkommen den Rücken. (+216 Mio. Euro im Haushalt!)

Rede zum Kulturetat

Natürlich wurde auch der Einzelplan, für den ich Berichterstatterin bin, im Plenum debattiert. Hier Auszüge aus meiner Rede zum Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kaster, ein Erbe hat so seine Folgen. Denn man erbt nicht nur von seinen Vätern und Müttern, sondern auch von den Großvätern und Großmüttern. Es ist vorhin ja schon hervorragend ausgeführt worden, welches Erbe wir in Gestalt von Schulden pro Kopf den Kindern hinterlassen.

Es sind das pro Kopf 11 200 Euro aus der Kohlzeit und die 2 531 Euro aus der rot-grünen Zeit. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)
Beides zusammen macht das Erbe aus. Diese Klarstellung trägt sicherlich ein wenig zur Sachlichkeit bei. (Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu einem Bereich, bei dem es erheblich friedlicher wird. Denn ich habe den Eindruck, für Kultur setzen sich erheblich mehr Personen im Parlament ein, als es den Anschein hat. (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vieles in Deutschland wäre farb- und freudloser, gäbe es nicht die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Frau Dr. Christina Weiss, (Beifall bei Abgeordneten der SPD)
mit ihrem Etat von 950 Millionen Euro. Übrigens ist dieser Etat, wie der Bildungsetat, im Rahmen der parlamentarischen Arbeit etwas aufgestockt worden.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]:

Wir haben es ja!)

– Richtig, wir haben es an der Stelle, weil Kultur und Bildung zusammengehören, Herr Austermann.

Als Erstes komme ich zu einer wichtigen Grundlage für diesen Etat. Über die Ausräumung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern wird ja gerade

verhandelt und ich hoffe sehr – ich denke, das ist dringend notwendig –, dass die Föderalismuskommission die Kulturtätigkeit des Bundes stärkt.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt zeigt, dass das weiterhin unabdingbar ist, dass es eine Zuständigkeit des Bundes für die Kultur gibt. Wenn wir uns darüber im Grundsatz einig sind, dann werden wir auch einsehen, dass wir da unbürokratische Regelungen brauchen. Ich unterstütze natürlich, dass Kultur als Staatszielbestimmung im Grundgesetz verankert wird.

(Beifall bei der SPD)

Vieles wird mit den 950 Millionen Euro aus dem Kulturetat bewegt: die Bundeskulturstiftung – 35,7 Millionen Euro – mit vielen lebendigen und anregenden Projekten, der neue Schwerpunkt „Filmförderung“, die großen Investitionen wie zum Beispiel auf der Museumsinsel, etwa für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz – auf sie komme ich gleich noch einmal zu sprechen –, für die Deutsche Welle – 280 Millionen Euro – mit dem neuen Standort Bonn und dem TV-Standort Berlin.

Die komplette Rede gibt es im Internet unter „Aktuelles“ bei <http://www.petra-merkel.de/aktuelles>

Tagesbetreuung wird ausgebaut

Am 28. Oktober hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalition den zustimmungsfreien Teil des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (Drs. 15/3676, 15/4045) in 2./3. Lesung verabschiedet. Mit dem Gesetz wird der Startschuss für einen qualitätsorientierten Ausbau der Tagesbetreuung gegeben.

Mix von Kinderbetreuung, Arbeitsbedingungen und finanziellen Hilfen notwendig

Deutschland weist weltweit die höchste Kinderlosigkeit auf und hat die niedrigste Geburtenrate in Europa. Zugleich haben aber viele junge Männer und Frauen den unerfüllt bleibenden Wunsch nach Kindern. Deshalb kommt es auf einen "guten Mix" von Kinderbetreuung, familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und finanziellen Hilfen an, der den jungen Menschen die Entscheidung für ein Kind erleichtert. Es müsse ein Umdenken in der Familienpolitik stattfinden, hatte Familienministerin Renate Schmidt in der Bundestagsdebatte zur Einbringung des Gesetzes gefordert. Nach jahrzehntelanger monetärer Unterstützung muss nun der Weg zu einer familienfreundlicheren Infrastruktur gefunden werden.

Bedarf an Kinderbetreuung soll bis 2010 gedeckt werden

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz ist ein solcher Weg. Es sieht vor, dass Länder und Kommunen, die für die Kinderbetreuung zuständig sind, ihre Angebote an Krippen- und Tagespflegeplätzen für die unter Dreijährigen ab 2005 so erweitern, dass diese Angebote bis zum Jahr 2010 dem Bedarf der Eltern und Kinder entsprechen.

In den westdeutschen Ländern soll dazu die Zahl der Betreuungsplätze von derzeit rund 60.000 um zusätzlich rund 230.000 bis zum Jahr 2010 ansteigen, während in den ostdeutschen Länder die vorhandene gute Betreuungssituation erhalten bleiben soll.

Verbände und Wirtschaft für den Ausbau

Bei diesem Vorhaben weiß die SPD-Bundestagsfraktion wichtige Verbündete auf ihrer Seite. Ob Wirtschaft, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände oder Kirchen - alle unterstützen die Gesetzesinitiative zum Ausbau der Kinderbetreuung: Denn ein gutes Betreuungsangebot bedeutet bessere Chancen für unsere Kinder, für ihre Eltern und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Finanzierung über Entlastungen

Die Kritik der Union an der Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung ist unbegründet. Die Entlastung der Kommunen um immerhin 2,5 Milliarden Euro jährlich durch die Regelungen des Vierten Gesetzes zur Modernisierung des Arbeitsmarktes (Hartz IV) ist abgesichert. Denn schon im März 2005 wird überprüft, ob Städte und Gemeinden im vereinbarten Umfang entlastet sind. Eventuelle Fehlbeträge muss der Bund erstatten. Auch die Union hatte der Finanzierungsregelung im Vermittlungsausschussverfahren zu dem Optionsgesetz zugestimmt.

Zustimmungsfreier Teil beschlossen

Die CDU/CSU hatte angekündigt, dass sie diesem Gesetz nicht zustimmen würde. Um ein Scheitern zu verhindern, wurden die Teile, die nicht der Zustimmung des Bundesrats bedürfen, aus dem Gesetzentwurf herausgelöst. Sie wurden in dieser Woche vom Bundestag beschlossen und treten zum 1. Januar 2005 in Kraft.

Weiterentwicklung Kinder- und Jugendhilfe

In einem zweiten Gesetz, das die Kinder- und Jugendhilfe behandelt, werden die zustimmungspflichtigen Teile zusammengefasst. Dazu gehören etwa Regelungen, mit denen Jugendämter Kinder zu deren Schutz in Internate oder zu Auslandsaufenthalten schicken können. Der Gesetzesentwurf soll es den Kommunen erleichtern, wohlhabende Eltern dafür finanziell aufkommen zu lassen.

Aus dem Wahlkreis

Fraktion vor Ort:

Möglichkeiten und Grenzen der Agenda 2010

„Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik“ lautete das Thema einer Veranstaltung aus der Reihe „Fraktion vor Ort“, zu der ich als Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Charlottenburg-Wilmersdorf am 8. November eingeladen hatte. Mehr als 120 Gäste waren in das Literaturhaus in der Fasanenstraße gekommen, um darüber mit dem wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Brandner, und dem Bundesvorsitzenden der Jusos, Björn Böhning, zu diskutieren.

Im März 2003 hatten wir die erste Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ zu den Hartz-Gesetzen, damals mit Bundesminister Wolfgang Clement. Hartz IV ist nun in der Umsetzungsphase. Und bei der großen Anzahl an Veränderungen hat es viel Kritik gegeben. Viele Menschen sind verunsichert worden und zugegebenermaßen die Informationspolitik war nicht ruhmreich. Sie alle haben mitbekommen, wie leidenschaftlich in der SPD diskutiert worden ist. Viele Fragen zu den Veränderungen in den betroffenen Politikfeldern sind strittig beraten worden und haben dann zu tragfähigen Ergebnissen geführt.

Wir von der Rot-Grünen Bundestagskoalition bewegen uns in einem Dreieck, das aus folgenden Eckpunkten besteht: Konsolidieren - Investieren - Strukturreformen. Bildung, Wissenschaft und Forschung sollen oberste Priorität haben, denn mit der Agenda 2010 ist zugleich diese Schwerpunktsetzung in Bildung, Wissenschaft und Forschung beschlossen worden. Den Bereich Bildungspolitik werde ich wohl nie verdrängen: denn nicht erst seit Pisa fordern wir die Investition in Köpfe!

Auf Info-Ständen an Wochenmärkten, Kneipen- oder Zielgruppengesprächen, wie z.B. mit Innungsvertretern habe ich den Dialog gesucht – und dieser Dialog wurde auf dieser Veranstaltung fortgeführt. Im Zentrum standen dabei die Fragen:

Wohin streben wir mit der Agenda 2010?

Was sind die Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik?

Klaus Brandner wies in seiner Einführung darauf hin, dass es der rot-grünen Bundesregierung trotz aller bisherigen arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Maßnahmen nicht gelungen sei, eine nachhaltige Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit herbei zu führen und nannte als Ursache hierfür die seit Jahren anhaltende Konjunkturschwäche. Die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme unabhängig von der wirtschaftlichen Situation weitestgehend zu bewahren, und gleichzeitig die Schwelle zum Beschäftigungszuwachs in unserer Gesellschaft abzusenken, seien die vorrangigen Ziele der Agenda 2010. Die SPD setze dabei anders als CDU/CSU und FDP nicht auf die pauschale Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, sondern darauf, staatliche Hilfen zukünftig auf die tatsächlich Bedürftigen zu konzentrieren.

Ziel dieser Maßnahmen sei, die dadurch frei werdenden Mittel den Trägern von Bildung, Betreuung, Wissenschaft und Forschung zukommen zu lassen, um den hochwertigen Produktionsstandort Deutschland durch innovationsfreundliche Strukturen auch weiterhin erhalten zu können.

Björn Böhning führte in seiner Erwiderung aus, dass es bei aller Dringlichkeit zur Reformpolitik nicht zur Preisgabe klassischer sozialdemokratischer Werte kommen dürfe.

Die Agenda 2010 sei lediglich ein weiteres Instrument neoliberaler Wirtschaftstheorie, und kein Konzept zur Sicherung unserer sozialen Standards. Für Böhning führt diese Entwicklung nicht in erster Linie zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern zum Wettkampf um die geringsten Sozialausgaben zwischen den westlichen Industrienationen, bei dem es am Ende nur Verlierer geben könne. Als perspektivischen Schwerpunkt einer erfolgreichen Regierungspolitik sah auch er die Stärkung von Bildung und Innovation, betonte aber, dass eine solche Stärkung nur durch den uneingeschränkten Zugang zu Schulen, Universitäten und Weiterbildung für alle zu gewährleisten sei. Als weiteren wichtigen Punkt mahnte er ein Umdenken in der Steuerpolitik an, die die starken Schultern momentan zu wenig zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben heranziehe.

In der folgenden Diskussion beteiligten sich zahlreiche Gäste mit Wortbeiträgen, in denen immer wieder auf den schwierigen Spagat der Sozialdemokratie zwischen notwendiger Reformpolitik einerseits, und einem drohenden Abbau sozialer Errungenschaften andererseits eingegangen wurde. Hierbei unterschieden sich die Einschätzungen der Gäste teilweise stark voneinander, blieben aber in Form und Inhalt meist sehr sachlich.

Zum Abschluss der Diskussion bekräftigte ich auf die Notwendigkeit einer weiter zu führenden Auseinandersetzung über die Reformen innerhalb der Partei und darüber hinaus, um diesen schwierigen, aber notwendigen Prozess der Erneuerung unserer Gesellschaft unter einer SPD-geführten Bundesregierung weiter aktiv gestalten zu können.

Schlosspark Charlottenburg

Keine Erhebung von Eintrittsgeldern beim Besuch des Schlossparks Charlottenburg

Angesichts der Diskussion um die Erhebung von Eintrittsgeldern für die Gärten der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Franziska Eichstädt-Bohlig (Bündnis 90/Die Grünen) am 12.11.2004 eine Presseerklärung herausgegeben:

„Auf der kommenden Sitzung des Stiftungsrates am 20.12.04 soll über ein detailliertes Konzept entschieden werden, das u. a. die Einführung von Eintrittsgeldern im Charlottenburger Schlosspark ab dem 01.01.2007 vorsieht.

Wir sprechen uns entschieden gegen eine Erhebung von Eintrittsgeldern für den Schlosspark Charlottenburg aus. Der Schlosspark ist von seinem Charakter und seiner Nutzung her primär ein Erholungspark für die Anwohner/innen. Der Park ist von drei

Seiten von hoch verdichteter Wohnbebauung umgeben und bietet für einen großen Einzugsbereich das dringend notwendige stadtteilnahe Erholungsgrün.

Gleichzeitig fordern wir die Stiftung „Schlösser und Gärten auf, den Schlosspark den Schlosspark nicht so umzugestalten, dass der Charakter eines Naherholungsgebiets für die städtische Bevölkerung stark eingeschränkt wird.“

Dies und das

Jugend und Parlament 2004 – Ein Bericht von Robert Greve

Zu der dreitägigen Veranstaltung Jugend und Parlament, veranstaltet vom Deutschen Bundestag, habe ich einen Teilnehmer benannt. Hier der Bericht (in Auszügen) von Robert Greve.

„Es war wenig zu spüren von jugendlicher Politikverdrossenheit, als sich am Sonntagmorgen 300 Menschen im Alter von 16-21 Jahren vor dem Paul- Löbe- Haus versammelten. Es schien fast so, als wollten Jugendliche aus ganz Deutschland genau das Gegenteil demonstrieren: Wir sind interessiert und wir möchten teilhaben; wenn sie uns nur lassen! Der Deutsche Bundestag öffnete vom 24. bis zum 26. Oktober seine Tore für „Jugend und Parlament“.

Das Planspiel, das zum ersten Mal über drei Tage stattfand, hatte das vereinfachte Erlernen von Gesetzgebungsprozessen zum Ziel. Dazu wurden wir gleich nach dem Eintritt in unseren neuen „Arbeitsplatz“ über das Zufallsprinzip den Parteien zugeordnet.

Die Mehrheitsverhältnisse der im Bundestag vertretenen Parteien blieben bestehen, nur Parteinamen wurden geändert. Für die Zeit des Rollenspiels zogen also die APD (Arbeiterpartei Deutschlands), die KVP (Konservative Volkspartei Deutschlands), die ÖSP (Ökologisch Soziale Partei) und die LRP (Liberale Reformpartei) in den Plenarsaal ein. Die „neuen“ Abgeordneten, die alle von Bundestagsabgeordneten eingeladen wurden mussten sich nicht nur mit einer möglicherweise unterschiedlichen Ideologie einer anderen Partei, sondern auch mit einem neuen Charakterprofil anfreunden. Da war ich nun also: Im realen Leben Berliner SPD-Mitglied und von der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel eingeladen, war ich jetzt ein 54-jähriger APD- Abgeordneter aus Rudelzhausen in Bayern. Es war eher leicht mich auf die Parteilinie einzustimmen, nur meinen neuen Lebenslauf mit dem Hauptakzent auf Hopfenbauerei zu akzeptieren und authentisch darzustellen war ungleich schwerer.

Doch das war ja gerade die Herausforderung des Planspiels und so musste dann auch schnell ein neuer Name her: Gestatten, *Hugo Hopf*, internationaler Umweltexperte und seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Zuerst mussten die vier Gesetzesinitiativen (Wehrpflicht, Alkopops, Tempolimit, Gleichstellung der Frauen in der Privatwirtschaft) gelesen und verstanden werden. Danach ging es in die Landesgruppen der Fraktionen, in die Originalschauplätze auf der Fraktionsebene. Als Abgeordneter aus Bayern saß ich in der Landesgruppe Süd hauptsächlich mit Politikern aus Bayern und Baden- Württemberg. Nach kurzer Vorstellung ging es schnell darum, Verantwortung zu verteilen. Zwei Schriftführer und ein Fraktionsvorstandsmitglied mussten gewählt werden. Die Schriftführer waren schnell gefunden, bei der Wahl in den Fraktionsvorstand dauerte es schon erheblich länger. Jeder Kandidat stellte sich und seine Vorstellungen kurz dar. Ich konnte mich knapp

gegen meine sechs Mitstreiter durchsetzen und war damit automatisch zur Wahl des Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen. So saßen bald darauf 116 Parteimitglieder vor uns und lauschten, wie wir vier Kandidaten die Rolle des Vorsitzenden denn interpretieren wollten. Auch hier war es knapp; ich wurde in einer Stichwahl mit meinem Kollegen Carlo Schmidt zum Fraktionsführer gewählt und trug ab sofort die Verantwortung für das Gelingen unserer Vorhaben.

....

Lesen Sie den kompletten Bericht von Robert Greve auf meiner Internetseite unter „Aktuelles“

<http://www.petra-merkel.de/aktuelles>

Kultureinrichtungen in Berlin

Museumsinsel:

Nach den Bemerkungen des Bundesrechnungshofes ging es durch die Presse – die Museumsinsel verschlänge zuviel Geld. Hier meine Presseinformation zu diesem Thema:

Petra Merkel plädiert für einen verantwortungsvollen Umgang: Die Sanierung der Museumsinsel nicht kaputt reden

*Zur Kritik des Bundesrechnungshofes an den Sanierungsplänen für die Berliner Museumsinsel erklärt die zuständige Berichterstatterin der AG Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion, **Petra Merkel:***

„Die Sanierung der Museumsinsel ist wertvoll für Deutschland und Berlin und darf durch einen Bericht des Rechnungshofes nicht skandalisiert werden“, sagt die Berliner Bundestagsabgeordnete Petra Merkel (SPD) als für Kultur zuständiges Mitglied des Haushaltsausschusses und Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses des Deutschen Bundestages.

„Wir haben ein Juwel in der Stadt, das mit Mitteln des Bundes verantwortlich hergerichtet und ausgebaut wird. Der Bund investiert in diese Großbaustelle rund 128 Mio. Euro. Unabhängig vom Rechnungshofbericht habe ich bei den Beratungen zum Haushalt 2005 angeregt, mit den für Kultur Zuständigen im Haushaltsausschuss einmal jährlich ein Berichterstattergespräch vor Ort auf der Museumsinsel durchzuführen. Wie wichtig das ist, zeigt auch der Rechnungshofbericht. Mit so einem großen Projekt muss verantwortungsbewusst umgegangen werden, sowohl bei der Sanierung der kostbaren Bauwerke als auch mit den Steuermitteln, die diese Sanierung erst ermöglichen. Dafür wird der Haushaltsausschuss Sorge tragen.“

Umstritten war immer von Seiten des Finanzministeriums und des Rechnungshofs die archäologische Promenade – die zum Teil unterirdische Verbindung zwischen den einzelnen Museumsstandorten. Allerdings wurde im Haushaltsausschuss bewusst die

Möglichkeit offen gehalten, in fünfzehn oder zwanzig Jahren eine solche Promenade umzusetzen. Deshalb sind alle Vorkehrungen innerhalb der Häuser für einen späteren Bau getroffen worden. Diese politische Entscheidung scheint dem Finanzministerium und dem Rechnungshof jedoch ein Dorn im Auge zu sein, " so die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete. (Berlin 18.11.2004)

Akademie der Künste

Die Akademie soll öffentlich wirken und sich sowohl der Vermittlung neuer künstlerischer Tendenzen als auch der Pflege des kulturellen Erbes widmen. Sie hat die Aufgabe, die Kunst zu fördern und die Bundesländer in allen Angelegenheiten der Kunst zu beraten und zu unterstützen.

Einstimmig wurde dem in 2./3. Lesung beratenen „Gesetzentwurf zur Errichtung der Akademie der Künste“ (Drs. 15/3350, 15/4127) zugestimmt. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Akademie nun auch rechtlich in eine Bundeseinrichtung umgewandelt. Damit wird das Engagement des Bundes in der Hauptstadt Berlin ergänzt und abgerundet. Die Finanzierungsverantwortung für die Akademie der Künste ist bereits zu Jahresbeginn 2004 auf den Bund übergegangen.

Verantwortung für kulturelle Entwicklung

Zusammen mit der Übernahme der Stiftung Deutsche Kinemathek und von Leistungen Berlins an den Hamburger Bahnhof der Staatlichen Museen zu Berlin dient die Übernahme der Akademie der Künste der Entlastung des Berliner Kulturhaushalts mit dem Ziel, die Durchführung der Berliner Opernreform und den Erhalt der 3 Berliner Opern zu sichern. Die rot-grüne Bundesregierung kommt damit zugleich ihrer besonderen Verantwortung für die kulturelle Entwicklung der Bundeshauptstadt nach.

Bedenken des Bundesrates hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz des Bundes wurden ausgeräumt mit der Neuformulierung in den Änderungsanträgen, dass die Akademie der Künste der Repräsentation des Gesamtstaates dient und ihre kulturelle Strahlkraft weit über Berlin hinausreicht. Damit ist die Förderung der Akademie durch den Bund eindeutig verfassungskonform.

Termine

Bürgersprechstunden

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 3. Dezember 2004 von 15.00 bis 17.00 Uhr in der Goethestraße 80, 10623 Berlin. Wenn Sie Interesse an einem Termin haben, melden Sie sich bitte an unter: 313 88 82 oder 227-77262.

Am 17. Dezember 2004 findet die Sprechstunde im Rahmen des **Aktionsnachmittags zu Hartz IV** statt.

Aktionsnachmittag zu Hartz IV

Die Umsetzung für Hartz IV läuft auf Hochtouren. Als Bundestagsabgeordnete von Charlottenburg-Wilmersdorf biete ich am 17. Dezember 2004 von 14.00 bis 17.00 Uhr im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80 einen Aktionsnachmittag an. Gemeinsam mit der Regionaldirektion des Arbeitsamtes Berlin Nord, einer Vertretung des Bezirksamts sowie Ülker Radziwill und Frank Jahnke, zuständige Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin, beantworte ich offene Fragen zum Thema Hartz IV.

Wenn Sie Interesse haben, an dem Aktionsnachmittag teilzunehmen, melden Sie sich bitte telefonisch an unter: 030 - 313 88 82 und 030 - 227-77262.